Moscheeverband Ditib: Keine Bespitzelung von Gülen-Anhängern

15. Dezember 2016

Köln (KNA) Der deutsch-türkische Moscheeverband Ditib weist den Vorwurf einer Bespitzelung von Gülen-Anhängern zurück. An alle Moscheen sei „klare Weisung gegangen, dass unsere Moscheen und das Gebet offen sind für jeden und dass unsere Moscheen Orte der Spiritualität, nicht der Politik/Polemik sind“, erklärt der Verband auf seiner Website. Ditib sei überparteilich und habe „immer nach diesem Prinzip gehandelt“. Weder der Bundesverband noch seine Landesverbände oder Gemeinden hätten eine entsprechende Anweisung erhalten oder gegeben, so Ditib. Der Verband beklagt, dass seit einiger Zeit „immer wieder manipulativ und unwahr“ berichtet werde, um den Ruf von Ditib zu schädigen. Die „neuerlichen Unterstellungen“ seien „fern der Wirklichkeit“. Aus Furcht vor Pressionen durch das Erdogan-Regime erwägen Anhänger der oppositionellen Gülen-Bewegung derzeit den Aufbau eigener Moscheen in Deutschland. Es gebe eine „interne Diskussion, ob wir hierzulande erste Moscheen in Form von muslimischen Bildungseinrichtungen gründen sollen“, sagte etwa der Vorsitzende der gülen-nahen „Stiftung Dialog und Bildung“, Ercan Karakoyun, der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Nach dem jüngsten Militärputsch in der Türkei sei „die Hexenjagd“ des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan auch in deutsche Moscheen transportiert worden. Die Anhänger der Gülen-Bewegung, die sich selbst auch „Hizmet“, zu Deutsch „Dienst“ oder „Service“, nennt, gelten in der Türkei als Staatsfeind Nummer eins. Erdogan beschuldigt den im USamerikanischen Exil lebenden Fethullah Gülen, mit seinen Gefolgsleuten die türkischen Polizei- und Justizbehörden unterwandert und den Militärputsch angezettelt zu haben. Gülen bestreitet seine Beteiligung am Putsch energisch. Seine schätzungsweise zehn Millionen Anhänger weltweit verfolgten nur religiöse Ziele. Auch der nordrhein-westfälischen Landesregierung liegen nach deren Auskunft Erkenntnisse vor, dass die Ditib massiv gegen Gülen-Anhänger vorgeht. Landesweit seien in mehr als 50 Fällen Gewaltandrohungen gegen Einrichtungen und Aktivisten des Hizmet-Netzwerkes registriert worden, berichtete NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD).

(KNA – qlmlm-89-00274)

Stand: 27. November 2026